

WEHREN WIR DER SONNTAGSARBEIT

Die am 27. November zur Abstimmung gelangende Änderung des Arbeitsgesetzes will den Sonntagsverkauf in Zentren des öffentlichen Verkehrs uneingeschränkt erlauben. Die EVP Schweiz wehrt sich: sie will den arbeitsfreien Sonntag unbedingt erhalten.

VON NIKLAUS HARI

Das geänderte Arbeitsgesetz sieht vor, dass sämtliche Geschäfte in grösseren Bahnhöfen und Flughäfen am Sonntag uneingeschränkt öffnen können. Bis anhin durften im Rahmen einer Ausnahmeregelung nur Läden offen haben, deren Sortiment vorwiegend auf den Reisebedarf ausgerichtet ist. Da der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die nun vorgeschlagene Ausdehnung der Sonntagsarbeit erfolgreich das Referendum ergriffen hat (unterstützt von der EVP), kommt die Änderung des Arbeitsgesetzes am 27. November vors Volk.

Nur der erste Schritt

Die Gegner des geänderten Arbeitsgesetzes befürchten, dass diese Privilegierung der Geschäfte in Bahnhöfen und Flughäfen der erste Schritt zur Aufhebung des arbeitsfreien Sonntags wäre. Nicht zu Unrecht: Erlaubt man den Sonntagsverkauf nicht nur von Lebensmitteln und Medikamenten, sondern auch von Kleidern, Sportartikeln und weiteren Gütern oder Dienstleistungen, wächst der Druck der Gewerbetreibenden ausserhalb dieser Zentren. Früher oder später wird man ihnen die gleichen Wettbewerbsbedingungen zugestehen müssen. Die NZZ hat bereits eine generelle Liberalisierung als einzig

konsequente Lösung gefordert. Deshalb gilt: wer den arbeitsfreien Sonntag erhalten will, muss bereits heute jeder Ausdehnung der Sonntagsarbeit den Riegel schieben.

Gemeinschaft ermöglichen

Der arbeitsfreie Sonntag ist für das religiöse, familiäre und kulturel-



Jeden Sonntag: Gedränge in der Migros im Zürcher Hauptbahnhof.

le Leben unersetzlich. «Die Zeichen der Zeit sagen uns deutlich, dass wir einen wiederkehrenden Tag der Unterbrechung und der Besinnung brauchen, wenn wir nicht in Materialismus und Sinnlosigkeit versinken wollen», schreibt Peter Oberholzer-Schwitzer, Präsident des im Hinblick auf die Abstimmung

am 27. November gegründeten ökumenischen Komitees für den Sonntag. Gott hat uns den arbeitsfreien Tag zur Ruhe gegeben, weil er weiss, dass wir ihn brauchen.

Für Menschen, die am Sonntag arbeiten müssen, ist es schwieriger, ihre sozialen Kontakte zu pflegen. Gerade Familien brauchen den gemeinsamen freien Tag, aber auch Vereine und Gruppen möchten am Sonntag gerne etwas mit ihren Mitgliedern unternehmen. Der arbeitsfreie Sonntag ist ein religiöser Feiertag, eine gesamtgesellschaftliche Er rungenschaft, die es zu erhalten und zu schützen gilt. Ein freier Tag irgendwann unter der Woche ist kein Ersatz für den Sonntag.

Die Haltung der EVP

Nachdem die EVP bereits im 1996 eine ähnliche Revision des Arbeitsgesetzes abgelehnt hatte, unterstützte sie letztes Jahr das vom SGB ergriffene Referendum. Im Hinblick auf die Abstimmung engagiert sie sich im «Komitee für den Sonntag», in welchem neben zahlreichen Kirchgemeinden, Pfarreien, freikirchlichen Gemeinschaften und Einzelpersonen auch der Evangelische Frauenbund der Schweiz und sein katholisches Pendant vertreten sind. Davon unabhängig werden die EVP-Delegierten am 29. Oktober in Liestal die Parole zur Änderung des Arbeitsgesetzes fassen. www.nein-zur-sonntagsarbeit.ch

KOMMENTAR

Mut zum Verzicht

Wer öffentlich Verzicht fordert, begeht politischen Selbstmord. Niemand verzichtet gerne. Schon gar nicht freiwillig. Verzicht bedeutet, etwas aus freien Stücken nicht zu nehmen, obwohl man es gerne hätte. Oder im politischen Kontext: etwas aufzugeben, ohne dafür entschädigt zu werden. Diese Haltung ist in der Schweizer Politik leider selten. Gerade jetzt, wo das Thema Armut auf der internationalen Agenda steht, müssen wir uns zumindest mit der Option des Verzichts auseinandersetzen. Ich bin überzeugt: mit kleinen Tropfen auf den heissen Stein erreichen wir nicht viel. Und da liegt die Schwierigkeit: wir fühlen uns machtlos gegenüber der weltweiten Armut. Und schauen weg, blenden aus oder verdrängen. Für Christen darf der Verzicht kein Unwort sein, sondern ist Programm. Jesus hat mehr als einmal den Reichen dazu aufgefordert, seinen Besitz zu verkaufen und unter den Armen zu verteilen. Wollen wir die weltweite Armut bis ins Jahr 2015 halbieren, dann hat uns Jesus die Richtung gewiesen, wie wir uns zu verhalten haben. Die Schweiz müsste kein allzu grosses Opfer geben, würde sie ihre Entwicklungshilfe endlich auf 0.7 Prozent des BIP erhöhen. Geholfen wäre vielen. Aber eben: man sträubt sich, weil man materiell nichts dafür erhält. Als EVP müssen wir da einen Gegentrend setzen.

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Was sind Grenzwerte wert?

Die Menschheit wächst schnell. Ihr Lebensstil, Konsum und die boomende Mobilität beanspruchen immer stärker unsere natürlichen Ressourcen. Gleichzeitig steigt die Umweltbelastung mit ihren gravierenden Auswirkungen massiv an.

Diese Entwicklung hat auch unser kleines, enges Land nicht verschont. Doch weitsichtig wollten wir in den Achtzigerjahren mit verschiedenen Gesetzen und Verordnungen Gegensteuer geben. Ein wichtiges Instrument waren dabei die Belastungs-Grenzwerte. Deren Einhaltung sollte sicherstellen, dass unsere Gesundheit und Wohlbefinden, die Umwelt sowie die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel nicht gefährdet würden.

Hervorragend! Doch was sind Grenzwerte wert, wenn sie laufend und krass überschritten werden und nichts wirklich Wirksames dagegen vorgekehrt wird? Wie beispielsweise bei der zu hohen Belastung durch Ozon, Stickoxide, Lärm oder lungengängige, krebserregende Feinstäube.

Zwar wissen wir heute so viel wie noch nie. Und wir haben auch so viele Schutzvorschriften und Gesetze wie noch nie. So liederlich und widerwillig wie noch nie ist aber auch deren Vollzug. Das geht ins Auge (siehe Galmiz) und ans Portemonnaie (Umweltkatastrophen). Die EVP hat vor dieser Gleichgültigkeit und den Folgen einer nicht nachhaltigen Wirtschaft schon lange gewarnt. Hochaktuell ist derzeit das Beispiel Ölreserven und die im letzten Winter dazu verfasste EVP-Broschüre. Lesen Sie mehr dazu in diesem «akzente». Vergnügen kann ich Ihnen dazu nicht wünschen, aber Nachdenklichkeit.



Ruedi Aeschbacher
Präsident EVP Schweiz

«Mir scheint hingegen notwendig, wieder neu zu entdecken, dass auch die politische und die ökonomische Sphäre eine moralische Verantwortlichkeit brauchen, die dem Herzen des Menschen entspringt und sich in letzter Instanz damit auseinandersetzt, was es mit der Anwesenheit oder Abwesenheit Gottes auf sich hat in der Welt. Eine Gesellschaft, in der Gott absolut abwesend ist, zerstört sich selbst.»

Kardinal Joseph Ratzinger noch vor seiner Wahl zum Papst Benedikt XVI. etwas umständlich im Interview mit Marco Politi für die italienische Zeitung *La Repubblica*. Freie Übersetzung des Redaktors: «Gott gehört in die Politik. Und es braucht die EVP, die darauf hinweist!»

«Es gibt viele, darunter auch Vertreter der Medien, die sich ein System mit Mehrheit und Opposition wünschen und darauf hinarbeiten, weil dort der Unterhaltungswert grösser ist als im konkordanten System mit einer Kollegialbehörde. Das erträgt aber die direkte Demokratie nicht.»

Bundesrat Moritz Leuenberger am 4. August 05 in einem Interview mit dem Tages Anzeiger.

PAROLEN DER EVP

gefasst am 30. April in Frauenfeld
von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz

Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedsländer sowie die Revision der flankierenden Massnahmen

JA

INHALT

Interview mit Robert Roth: Referent an der Bettagskonferenz der EVP Schweiz	3
Energieversorgung: Unserer Wirtschaft geht das Öl aus	4
Volksabstimmung: Zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit	5
Aus dem Sekretariat: Was es mit dem Zentralbeitrag auf sich hat	6
Aus den Kantonen: Schwulenbroschüre geht zu weit	7

DIE JOBFABRIK

Robert Roth kämpft gegen Lehrstellenmangel und fehlende Arbeitsplätze. Er ist Gründer und Geschäftsführer der Stiftung weizenkorn und der JobFactory in Basel.

VON NIKLAUS HARI

Robert Roth, unter dem Motto «Jobs for Juniors» bietet die von Ihnen gegründete Job Factory AG in Basel arbeits- oder lehrstellenlosen Jugendlichen vorübergehend eine Praktikumsstelle an.

Robert Roth: Zusammen mit den Jugendlichen produzieren wir Güter und erbringen Dienstleistungen in über 15 Bereichen: Informatik, Schreinerei, Druck, Grafik, Buchhaltung für kleinere Unternehmen, machen Hauswartungen oder beschäftigen die Jugendlichen in unserem Warenhaus samt Restaurant.

Ziel ist die Integration der Jugendlichen im ersten Arbeitsmarkt.

So ist es. Die Job Factory steht im Wettbewerb, wie jede andere Firma auch. So lernen die Jugendlichen unter realen, marktwirtschaftlichen Bedingungen zu bestehen. Schulische Ausbildung, soziale Begleitung und Beratung übernimmt die angegliederte Stiftung Job Training, welche von öffentlichen Beiträgen und Spenden finanziert wird.

Mit diesem Konzept ist es bisher gelungen, für über siebzig Prozent der Jugendlichen innerhalb von durchschnittlich sechs Monaten eine gute Anschlusslösung zu erarbeiten: sei es eine Lehrstelle, Anlehre, Arbeitsstelle oder eine weiterführende Schule. Die Jugendlichen spüren, wenn wir für sie kämpfen: dann sind sie auch motiviert und bringen ihre Leistung. Sie merken: meine Chefs setzen sich ebenfalls einem Risiko aus, aber sie wollen mich weiterbringen und trauen mir das auch zu.

Weshalb braucht es Einrichtungen wie die Job Factory in der Schweiz?

Vor 10 Jahren hatte die Schweiz 6.7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und 3.2 Millionen Vollstellen, heute sind es 7.4 Millionen Menschen und 3.0 Millionen Voll-



Robert Roth ist Redner an der Bettagskonferenz der EVP.

stellen. Wenn wir nichts unternehmen, geht diese Schere weiter auseinander und die Probleme nehmen zu: Der Schweiz gehen im Verhältnis zu den vielen Lohnabhängigen die Arbeitsplätze aus.

Es gibt Stimmen, die meinen: alles halb so wild.

Es gibt nichts zu verharmlosen. Es ist nicht so, dass wer arbeiten will, dies auch kann. Klar gibt es zu wenig Jugendliche, die sich beispielsweise auf eine Lehrstelle als Metzger melden, klar gibt es Menschen, welche die sozialen Netze ausnützen. Aber diese Fälle sind nur für einen kleinen Teil des Problems verantwortlich. Selbstverantwortung bleibt wichtig, aber die meisten arbeitslosen Jugendlichen haben ein Problem, das sie nicht selber lösen können. Die fehlenden Lehrstellen und Arbeitsplätze sind vor allem ein strukturelles Problem.

Wie können wir neue Arbeitsplätze schaffen?

Wir brauchen dringend wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch sozialer ausgerichtete Unternehmen mit innovativen Produkten. Das müssen nicht zwingend Modelle wie die Job Factory sein. Jede Firma kann sich sagen: wir wollen mehr Lehrstellen schaffen, wir wollen Praktikumsplätze anbieten.

Die Wirtschaft behauptet, sie könne sich das nicht leisten. Müssen soziale Unternehmer besser sein?

Die Wirtschaft muss umdenken: Schwäche gehört dazu. Eine Firma

muss gut geschäftlich, tiefe Kosten haben, gute Produkte herstellen. Vor allem braucht sie zuverlässige Investoren, die nicht das Letzte aus der Firma herausholen wollen. Die Schweiz braucht dringend mehr Unternehmen, die sich in erster Linie als Arbeitgeber verstehen und sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen.

Sie sind enttäuscht von den Rezepten der Ökonomen.

Die westliche Welt hat sich meines Erachtens viel zu stark einer liberalen Wirtschaftsdeologie verschrieben. Es gilt: Der Markt regelt alles. Mit dieser zu theoretischen Einstellung werden wir Schiffbruch erleiden, da bin ich überzeugt. Da entsteht eine Dynamik eines ständig härter werdenden Wettbewerbs, die sich nicht mehr selber reguliert. Es herrscht, ob man will oder nicht, ein darwinistischer Verdrängungskampf, den die Schwächeren, Jungen und Alten nicht aus eigener Kraft durchstehen werden, was die Gesellschaft zusätzlich schwächen wird. Das sehen wir heute schon in ganz Europa.

Die Unternehmen stehen unter internationalem Druck.

Ja, die Globalisierung ist eine grosse Herausforderung. Umso wichtiger, dass wir Schweizer diese Herausforderung in gemeinsamer Stärke, mit Präzision und Sorgfalt meistern. Beispielsweise dürfen die Gewinne nicht vorwiegend den Privaten zukommen, die Verluste hingegen der Öffentlichkeit! Aber das ist die momentane Situation. Statt

in eine Vorwurfsmentalität zu verfallen, müssen wir die Vision leben, die wir uns mit den ersten Kapiteln der Bundesverfassung gegeben haben: gemeinsame Wohlfahrt, nachhaltige Entwicklung, innerer Zusammenhalt, Solidarität, Chancengleichheit, individuelle und gesellschaftliche Verantwortung.

Sie wurden von Bundesrat Deiss zum Expertengespräch geladen.

Bundesrat Deiss wollte sich ein Bild von der Lage der jugendlichen Arbeitslosen machen und hat erkannt, dass es viel mehr Betroffene gibt, als die offiziellen Statistiken angeben. Die Zahlen des Seco erfassen ungefähr 50 000 betroffene Jugendliche. In der Realität sind es rund doppelt so viele Jugendliche, die einen Weg mit vielen Schwierigkeiten und Fragezeichen gehen.

Jeder vierte bis fünfte arbeitsfähige Mensch in der Schweiz hat Mühe mit seiner beruflichen Sozialisation. Wenn diese Probleme nicht angegangen werden, füllen sich die Netze von Invalidenversicherung und Sozialhilfe noch mehr. Andere Menschen werden in die Vereinsamung, in Verelendung und Gewalt abrutschen und schliesslich in Kliniken oder Gefängnissen landen. Angesichts dieser Problemlage habe ich nicht den Eindruck, dass der Bundesrat übertrieben viel in Angriff nehmen würde.

Sie sind Redner an der Bettagskonferenz der EVP Schweiz zum Thema Armut. Was ist für Sie Armut?

Jemand hat mal gesagt: Armut entsteht dort, wo es an Fantasie mangelt und Eigennutz herrscht. Paulus lehrt, dass Habgier die Wurzel allen Übels ist. Ich bin überzeugt, es ist die Aufgabe von Kirche und Christen, eine Wirtschaft aufzubauen zu helfen, die für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

Robert Roth

Alter: 54 Jahre
 Zivilstand: verheiratet, vier Kinder
 Beruf: Geschäftsführender Delegierter der Job Factory AG und der Stiftung weizenkorn
 Kirche: Hausgemeinde
 Hobbies: Fussball spielen, Politik, Ferien, Familie

«I have a dream»

«I have a dream» - vier Worte aus dem Mund von Martin Luther King jr., die um die Welt gegangen sind. Sie stehen für die unerschütterliche Vision eines Christen, der durch sein Engagement Weltgeschichte geschrieben hat. Sein Traum versetzte der Unterdrückung der Schwarzen in den USA den Todesstoss. Szenenwechsel - eine Umfrage in einer Schweizer Kirche bringt es zu Tage: der Glaube an die weltverändernde Kraft des Evangeliums ist verloren gegangen. Der christliche Glaube habe keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Man übt sich in Isolation («was wollen wir auf einem sinkenden Schiff Silber polieren?») oder Imitation («nur ja nicht auffallen»). Und was geschieht? «Wenn aber das Salz seine Kraft verliert, wird es nutzlos. Genauso wird man über euch hinweggehen, wenn ihr eure Aufgabe in der Welt nicht erfüllt.» (Matthäus 5, 13). Es gibt aber einen dritten Weg: Infiltration. O-Ton von Jesus: «Man kann das Reich Gottes mit einem Sauerteig vergleichen, den eine Frau nahm und ihn unter eine grosse Menge Teig mischt, bis der ganze Teig durchsäuert ist.» (Matthäus 13, 33). Durch mutiges, kreatives und visionäres Engagement der Christen infiltriert die Realität des Reiches Gottes immer weitere Segmente unseres Landes. Die Zeit war noch nie so günstig wie jetzt. Der Glaube an die prägenden Ideologien des letzten Jahrhunderts ist zerbrochen. Viele Menschen suchen authentische Werte und Spiritualität. Christen sollten sich hinstellen und freundlich, aber deutlich hörbar rufen: «I have a dream». Und dann sollten sie wie Martin Luther King jr. ihren Worten Taten folgen lassen. Jesus hat versprochen, dass seine NachfolgerInnen auf diese Weise die Welt bleibend verändern werden.

René Steiner, Pfarrer und EVP-Kantonsrat in Olten

UNS GEHT DAS ÖL AUS

«Unserer Wirtschaft geht das Benzin aus! ...und keiner will es wahrhaben.» Unter diesem Titel hat die EVP der Schweiz gemeinsam mit der Jenni Energietechnik AG in Oberburg BE eine Broschüre veröffentlicht, welche auf die sich verknappenden Öl- und Gasvorräte aufmerksam macht und zum Handeln auffordert.

VON NIKLAUS HARI

«Unserer Wirtschaft geht das Benzin aus» - noch ist es nicht so weit: die heute deklarierten weltweiten Ölreserven reichen beim aktuellen Verbrauch noch für 42 Jahre. Dennoch sind die momentan steigenden Ölpreise nicht politisch, sondern geologisch bedingt: Die stagnierende Ölförderung kann die wachsende Nachfrage nicht mehr decken. Erdöl wird rascher knapp, als uns staatliche Agenturen und Erdölmultis in den letzten Jahren weismachen wollten.

Zaudern ist gefährlich

EVP-Mitglied und Solarunternehmer Josef Jenni aus Oberburg warnt: «Immer mehr Ölfelder und Förderstaaten haben ihr Maximum überschritten und produzieren Jahr für Jahr weniger. Gleichzeitig stieg der Ölkonsum im 2004 weltweit um 3.7 Prozent an.» Seit 1980 wird deutlich weniger Erdöl neu entdeckt, als weltweit laufend verbraucht wird. Alternativen wie Solar-, Wind- und Wasserkraft sind vorhanden, werden aber noch zu wenig eingesetzt. Auch Biomasse hat Potential: sei es als Feuerholz oder als umweltfreundlicher Treibstoff (Kompogas).

Höchste Zeit zum Handeln also: die EVP der Schweiz fordert eine ökologische Steuerreform mit einer namhaften Besteuerung nicht erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten, verbunden mit einer umfassenden Förderung alternativer, erneuerbarer Energien. Je früher die Reform durchgeführt wird, desto langsamer ansteigend können die Sätze auf das erforderliche Mass angehoben werden. So bleibt der Wirtschaft und den Individuen genügend Zeit, sich auf den Wandel einzustellen.



Wie lange sprudelt der Benzinhahn noch? Irgendwann ist Schluss.

Zaudern und längeres Zuwarten wäre hingegen gefährlich, wie Nationalrat Ruedi Aeschbacher erklärt: «Jede Lenkungsabgabe könnte überrollt werden von der unberechenbaren, höchstwahrscheinlich aber massiven Preisentwicklung bei den nicht erneuerbaren, sich verknappenden Energieträgern.» Die dann drohenden Verteilungskämpfe könnten unser fragiles Wirtschaftssystem nachhaltig erschüttern. «Das will die EVP der Schweiz nach Möglichkeit verhindern», meint Parteipräsident Aeschbacher.

Vorsprung durch Know-how

Die Förderung alternativer Energieträger macht volkswirtschaftlich mehr als Sinn: Heute fliessen Jahr für Jahr über 6 Milliarden Franken für den Kauf von Öl und Gas ins Ausland. Wenigstens mit einem Teil dieses Geldes könnten im Inland Arbeitsplätze geschaffen und der einst entscheidendes, technologisches Know-how in zukunftsträchtigen Branchen aufgebaut werden. So wird die Schweizer Wirtschaft ihrer ausländischen Konkurrenz in einigen Jahren um Längen voraus sein. Entsprechende Vorstösse wurden in der Vergangenheit von den

Wirtschaftsverbänden aber wiederholt zurückgewiesen. Aeschbacher dazu trocken: «Sieht das die Wirtschaft nicht ein, muss sie vom Staat zu ihrem Glück gezwungen werden.» Deshalb hat der EVP-Nationalrat schon bevor die Ölverknappung durch die anziehenden Ölpreise ein Thema geworden ist, in einer Interpellation vom Bundesrat erfahren wollen, ob er die bedrohliche Situation erkannt hat und mit welcher Strategie er darauf reagieren will.

Die Broschüre

Die Broschüre kann auf dem Generalsekretariat der EVP der Schweiz (044 272 71 00, info@evppev.ch) bestellt oder unter www.jenni.ch/pdf/Wirtschaft_Broschuere.pdf heruntergeladen werden. Verfasst wurde sie von Josef Jenni, international anerkanntem Solarpionier und Energiefachmann, El. Ing. HTL, Gründer und Geschäftsführer der Jenni Energietechnik AG, Initiant der Kampagne «Oil of Emmental» zur Förderung erneuerbarer Energien.

VORTEILE ÜBERWIEGEN

Die EVP Schweiz hat mit grosser Mehrheit die Ja-Parole zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedsstaaten beschlossen. Parteipräsident und Nationalrat Ruedi Aeschbacher erklärt die Grundzüge der Vorlage und ihre Vorteile.

VON RUEDI AESCHBACHER

Am 1. Mai 2004 ist die EU um zehn mittel- und osteuropäische (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen, Lettland, Zypern und Malta) Länder auf neu 25 Mitgliedsstaaten erweitert worden. Unsere Verträge mit der EU im Rahmen der «Bilateralen I» gelten automatisch auch für die Beziehungen der Schweiz mit diesen neuen EU-Ländern. Allerdings mit einer Ausnahme: das Abkommen über die Personenfreizügigkeit wurde im 1999 rechtlich so konzipiert, dass es anlässlich der Osterweiterung neu verhandelt werden musste.

Diese Verhandlungen sind im Mai 2004 erfolgreich abgeschlossen worden. Das Parlament hat die Vereinbarung genehmigt und gleichzeitig eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, welche im Sinne flankierender Massnahmen allfällige Nachteile der erweiterten Personenfreizügigkeit für die Schweiz beseitigen oder zumindest mildern sollen.

Grundzüge der Vorlage

Bei der Vereinbarung der Schweiz mit den neuen EU-Staaten über die Personenfreizügigkeit geht es im Wesentlichen um die Aufenthaltsrechte von Personen aus den neuen EU-Ländern in der Schweiz - und umgekehrt; eine sukzessive, zeitlich gestaffelte Aufhebung von arbeitsmarktlichen Beschränkungen der Schweiz gegenüber Arbeitnehmern aus diesen Ländern; die Regelung der sozialen Sicherheit der bei uns arbeitenden Ausländer aus den neuen EU-Ländern sowie um die gegenseitige Anerkennung der Diplome von Anwälten und in medizinischen Berufen.

Die Regelungen, die in den erwähnten Bereichen getroffen wurden, sind weitgehend identisch mit dem, was die «alten» 15 EU-Staaten ihrerseits mit den zehn neuen EU-

Ländern vereinbart haben. Am wichtigsten sind dabei die Bestimmungen, die den schweizerischen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer und Selbständige aus den neuen EU-Ländern nur schrittweise öffnen. Hierzu kann die Schweiz bis zum Jahr 2011 entsprechende Kontingente festlegen.

Flankierende Massnahmen

Trotzdem bestehen Ängste: Die Arbeitnehmer fürchten, dass ihnen billige Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern die Arbeitsplätze streitig machen und der Druck auf die Löhne deutlich zunehmen würde. Kleine und mittlere Gewerbebetriebe fürchten die Konkurrenz ausländischer Unternehmer, welche ihren Wettbewerbsvorteil billiger Arbeitskräfte auch in der Schweiz ausnutzen könnten.

Um diesen Ängsten zu begegnen, hat der Bundesrat verschiedene Gesetzesergänzungen vorgeschlagen, die im Gesetzespaket «Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit» zusammengefasst sind. Sie alle zielen im Wesentlichen darauf ab, dass die heute bestehenden arbeitsrechtlichen Vorgaben und allgemein verbindlichen Arbeitsverträge auch von ausländischen Arbeitern und Unternehmen strikte eingehalten werden und kein Lohndumping stattfinden kann.

Vorteile überwiegen klar

Mit der EU-Osterweiterung hat sich für unsere Wirtschaft nicht nur ein grosser, neuer Markt erschlossen, sondern auch ein grosses Reservoir an Arbeitskräften. Dieses umfasst sowohl hochqualifizierte Berufe als auch Hilfskräfte und ist für uns auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung in der Schweiz von Interesse. Denn trotz einer Sockelarbeitslosigkeit bestehen schon heute auf unserem Arbeitsmarkt in einzelnen Bran-

chen Defizite. Umgekehrt sorgen die Übergangsregelungen und flankierenden Massnahmen für einen abgefederten und behutsamen Anpassungsprozess über eine längere Zeit. In dessen Folge wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt, und die Löhne, aber auch die Preise und Lebenshaltungskosten auf der «Hochpreisinsel» Schweiz werden sich dem tieferen europäischen Niveau annähern.

Zweitens müsste bei einem Schweizer Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedstaaten damit gerechnet werden, dass die EU diese Ungleichbehandlung ihrer Mitglieder nicht hinnehmen und die Bilateralen I aufkünden würde. Was dies nur schon in wirtschaftlicher Hinsicht heissen müsste, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die EU mit grossem Abstand unser bedeutendster Handelspartner ist: im letzten Jahr gingen über 60 % unserer Exporte in den EU-Raum und aus diesem kamen mehr als 80 % unserer Einfuhren. Aus diesen Gründen haben die Delegierten der EVP Schweiz am 30. April in Frauenfeld mit 98 zu 20 Stimmen die Ja-Parole zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit beschlossen.



Parteipräsident Ruedi Aeschbacher: Ja zur Personenfreizügigkeit!

KOMMENTAR

Quoten - rotes Tuch?

Die Schweiz ist das Land der Quoten: Kantonsquoten, Sprachquoten, Parteiquoten - Proporz! Trotzdem: immer wenn es um eine gerechte Geschlechtervertretung in den politischen Gremien geht, dann ist das Wort «Quote» tabu.

Mit diesen Worten wurden wir an einer öffentlichen Veranstaltung der Frauengruppen von CVP, EVP, FDP, Grünen, Liberalen und SP in Bern ins Thema eingestimmt.

Nach der Abwahl von Ruth Metzler und der Nichtwahl von Christine Beerli hat eine überparteiliche Frauengruppe die Problematik der Frauen-Vertretung aufgenommen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums erachteten fixe Quoten als problematisch. Trotzdem: die Frauen bleiben untervertreten! Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 waren 35 % der Kandidierenden Frauen. Diese erreichten schweizweit einen entsprechenden Stimmenanteil, nämlich 34,2 %. Gewählt wurden aber nur 26 % Frauen!

Was tun? Für die Politik nannte Hans-Urs Wili, Leiter Sektion Politische Rechte in der Bundeskanzlei, einen neuen Ansatz. Die Frauenstimmen auf den Listen müssen zum Tragen kommen. Also muss die Proportion der Frauenstimmen in der Vertretung widerspiegelt werden. Wenn 40 % der Parteistimmen Frauenstimmen sind, müssen 40 % der Gewählten Frauen sein. Muss es Frauenlisten geben? Kreatives Denken und vor allem Handeln ist angesagt. Nehmen die Parteien die Frauenförderung ernst? Nimmt die EVP die Frauenförderung ernst?

Nancy Bolleter, Präsidentin der Frauenkommission der EVP Schweiz, Zürcher Kantonsrätin von 1995 bis 2004, Mutter von vier Kindern



Nancy Bolleter, Präsidentin der Frauenkommission der EVP Schweiz, Zürcher Kantonsrätin von 1995 bis 2004, Mutter von vier Kindern

Der Zentralbeitrag

(jb). Immer wieder löst der Versand der Zahlungserinnerungen zum Zentralbeitrag bei einigen Mitgliedern heftige Reaktionen aus. So auch dieses Jahr wieder. Eine Klärung ist deshalb angebracht. Grundsätzlich gilt: der Beitritt zur EVP erfolgt zwingend per schriftlicher Beitrittserklärung mit eigenhändiger Unterschrift. Eine Person tritt dabei automatisch den existierenden EVP-Sektionen auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Bezirk/Amt, Gemeinde) bei. Eine selektive Mitgliedschaft in selbst gewählten Ebenen ist nicht möglich. Es gibt keine Ortspartei mitgliedschaften! Ist dies aber trotzdem der Wunsch einer Person, so kann sie als Gönnerin oder Sympathisantin in der Kartei geführt werden. Mit der Parteimitgliedschaft ist man verpflichtet, den jährlichen Mitgliederbeitrag zu bezahlen. Von der EVP Schweiz wird ein durch Selbsteinschätzung ermittelter Beitrag von 2 bis 3 Promille des Jahreseinkommens (bzw. des Haushaltseinkommens eines Ehepaares) erhoben. Verdient ein Mitglied nichts, dann bezahlt es dementsprechend auch nichts! Jeweils im Januar erhalten alle Mitglieder eine Aufforderung, den Zentralbeitrag zu bezahlen. Eine erste Erinnerung folgt im Juni und eine zweite im Oktober. In begründbaren Fällen (Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit etc.) besteht die Möglichkeit, nach Rücksprache mit dem Generalsekretariat, definitiv oder vorübergehend von der Beitragspflicht befreit zu werden. Ist jemand vorübergehend befreit, erhält die Person weiterhin eine Zahlungsaufforderung im Januar, jedoch keine Zahlungserinnerung mehr. Es ist ihr dann freigestellt, etwas einzubehalten, sobald es ihr wieder möglich ist. Der Zentralbeitrag ist das Fundament der EVP Schweiz. Davon werden die zentralen Dienstleistungen der Partei finanziert. Vielen Dank für Ihren Beitrag!

SESSIONSRÜCKBLICK

Die Finanzen und das neue Tierschutzgesetz waren zentrale Themen der Sommersession. Daneben reichten die Vertreter der EVP zahlreiche Vorstösse ein.

(nh). Im Zusammenhang mit der Verteilung der Broschüre «Selbstverständlich» an die Berner Schulen fragt Heiner Studer (EVP, AG) den Bundesrat an, ob er nicht auch der Meinung sei, dass diese Broschüre den Jugendlichen unhaltbar tendenziöse Informationen vermittele und deshalb an den Schulen nicht angeboten werden dürfe. Mitfinanziert von der Aids-Hilfe Schweiz ermuntert die Broschüre Jugendliche zu diversen Sexualpraktiken und zum homosexuellen Coming-Out.

In einer Anfrage «Plastikgeld schon für Kinder?» kritisiert Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) die Aktion einer Kreditkartenfirma, welche ihre Karte schon an Jugendliche ab 14 Jahren abgeben will. Ebenfalls mit dem Konsumkreditgesetz beschäftigt sich Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE): in einer einfachen Anfrage bemängelt er die zurzeit beworbenen «Ferienreisen dank Kleinkrediten» mit dessen Zielen als unvereinbar.

Ruedi Aeschbacher will in einer Interpellation vom Bundesrat wissen, welche Massnahmen er neben der Erhöhung der Energieeffizienz und des Energiesparens verfolge

und wie er einheimische alternative und erneuerbare Energien zu fördern gedenke.

Eine Interpellation von Heiner Studer hat den Rückstand der Schweiz bezüglich der Entwicklungsziele der UNO zum Inhalt. Studer fordert den Bundesrat auf, einen Betrag in der Höhe von 0.7 Prozent des Bruttosozialproduktes für die öffentliche Entwicklungshilfe einzusetzen.

In einer Anfrage regt Donzé an, nicht mehr benötigtes Armeematerial, welches zum Teil verschenkt oder in LiqShops veräussert werde, den Zivilschutzorganisationen bevorzugt zum Erwerb anzubieten.

Zwei Postulate von Heiner Studer zur Erhöhung der Steuern auf Spirituosen wurden seit 2000 abgeschrieben, ohne behandelt worden zu sein. Nun versucht es Studer mit einer einfachen Anfrage: «Ist der Bundesrat endlich bereit, die Steuern auf Spirituosen mit dem Hauptziel der Konsumverminderung zu erhöhen?»

Schliesslich regt Aeschbacher in zwei Anfragen zu Verbesserungen des Strassenverkehrsgesetzes für Fussgängerinnen und Radfahrer an.

Sauser gestorben

Fast 97-jährig ist der ehemalige Nationalrat und Zentralpräsident der EVP Schweiz, Willy Sauser, am 26. Juni in Zürich gestorben. Leben und Werk des ehemaligen Personalchefs der BBC, Werk Oerlikon, war von seinem Glauben an Jesus Christus geprägt. Zur Politik stiess er erst im mittleren Alter: 1955 wurde er Vertreter der EVP im Zürcher Kantonsrat, bereits ein Jahr später rückte er in den Nationalrat nach. 1963 bis 1973 war Sauser Zentralpräsident der EVP und führte die Organe in zielstrebigem, am Resultat orientierter Art. 1978 übergab er sein Nationalratsmandat seinem Nachfolger Hans Oester. Mit Willy Sauser vermischen wir einen Mann der Mitte, der sich um einvernehmliche, dem Wohl der Menschen dienliche Lösungen bemüht hat. Er trug entscheidend zum Aus- und Aufbau der EVP mit.

Rieder feiert Jubiläum

Am 1. Juli konnte Werner Rieder sein 20-jähriges Jubiläum auf dem EVP-Generalsekretariat feiern. akzente gratuliert!

TERMINE

17. September 2005 EVP Schweiz, Olten
Betttagskonferenz «Herausforderung Armut.
Engagiertes Christsein in einer unfairen Welt.»

25. September 2005 Volksabstimmung

29. Oktober 2005 EVP Schweiz, Liestal:
Delegiertenversammlung

29. Oktober 2005 *jev Schweiz, Liestal:
Mitgliederversammlung

12. November 2005 EVP Schweiz, Aarau:
Zentralvorstand

27. November 2005 Volksabstimmung

weitere Termine unter www.evppev.ch

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der
Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
12. Jahrgang, Nummer 3, August 2005

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Joel Blunier

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier (Chefredaktion),
Nancy Bolleter, Niklaus Hari (Redaktion), René Steiner.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Ausserrhoder akzente

akzente hat im Appenzellischen einen kleinen Bruder erhalten: das «Ausserrhoder akzente» informiert auf einer A4-Seite über die wichtigsten Entwicklungen aus Sicht der EVP in der nationalen, der kantonalen und der Herisauer Politik. akzente freut sich über den gelungenen Neuling!

Abschied von Michael Raith

Michael Raith, Gemeindepräsident von Riehen und VEW-Grossrat, ist am 11. Juni unverhofft verschieden. Er hat sich über viele Jahre im Kanton Basel-Stadt wie auch auf nationaler Ebene für die Belange der EVP eingesetzt. Wir sprechen den Angehörigen unser tiefes Beileid aus.

EVP Nidau lanciert Jugendmotion

Die EVP Nidau hat eine Volksinitiative für die Einführung einer Jugendmotion lanciert: mindestens 30 in Nidau wohnhafte Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sollen dem Stadtrat ein Begehren unterbreiten können. EVP-Stadtrat Philippe Messerli möchte dazu animieren, die Idee in anderen Gemeinden ebenfalls aufzunehmen: sie eigne sich dazu, Jugendliche für ein politisches Thema zu begeistern und gleichzeitig mit der EVP in Kontakt zu kommen.

Berner EVP gründet neue Sektionen

Die EVP Kanton Bern ist weiter auf dem Vormarsch: am 8. September wird in Tramelan die Regionalpartei Berner Jura gegründet werden. Sie wird die Amtsbezirke Moutier, Courtelary und La Neuveville umfassen. Am 17. September erfolgt die Gründung der Ortspartei Rubigen.

GRENZE ÜBERSCHRITTEN

Aufklärung ja, Werbung nein. Die EVP wehrt sich gegen die Verteilung der Broschüre «Selbstverständlich» an Schulen in der Schweiz. Diese ermuntert Jugendliche in einem tendenziösen Stil zum homosexuellen Coming-Out.

(nh). Kurz vor der Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz liefern Pink Cross und die Berner Aids-hilfe laut EVP-Grossrat Wilf Gasser «noch die besten Gründe, um gegen das Gesetz zu stimmen.» Sie versandten die Broschüre «Selbstverständlich» an alle Schulen und Jugendheime im Kanton Bern, mit der Bitte, diese an Orten aufzulegen, wo sich die Jugendlichen «klammheimlich» bedienen könnten. Angereichert mit Bildmaterial zum Teil buchstäblich unter der Gürtellinie ermuntert die Broschüre Jugendliche zu diversen Sexualpraktiken und zum homosexuellen Coming-Out.

Starker Tabak - nachdem die Schwulen- und Lesbenverbände vor Jahresfrist in den Zürcher Schulhäusern Plakate mit der Aufschrift «Stocklesbisch» und «Voll Schwul» aufhängen wollten, worauf sich die EVP Kanton Zürich wehrte: es gehe nicht an, dass Interessengruppen in Schulen für sich werben würden. Die neuerliche Aktion ging auch dem Berner Erziehungsdirektor Mario Annoni (FDP) zu weit: In einem Brief vom 3. Juni stellt er fest, dass die Aufforderung, die Broschüre an einem stillen Ort aufzulegen, klar gegen geltendes Recht verstosse. Annonis Fazit: «Die Bro-

schüre ist nicht geeignet, an Volksschulen aufgelegt oder eingesetzt zu werden.»

Im St.Gallischen reagierte EVP-Kantonsrat Reto Denoth umgehend: In einem Vorstoss fragte er die Regierung an, ob die Verteilung der Broschüre auch an St.Galler Schulen geplant sei und diese gegebenenfalls gestoppt würde. Regierungsrat Hans-Ulrich Stöckling teilte Denoth umgehend mit, dass er die Broschüre als nicht geeignet betrachte und die Verteilung der Broschüre im Kanton präventiv untersagt habe. Dank der Anfrage von Denoth konnte Stöckling den Vorfall gleich an einer Sitzung der Erziehungsdirektorenkonferenz einbringen, wo die Reaktionen ähnlich geharnischt ausfielen.

Die EVP wurde auch auf Bundesebene aktiv: Heiner Studer fragte den Bundesrat an, ob er nicht auch der Meinung sei, dass die Broschüre tendenziöse Informationen enthalte und deshalb nicht an den Schulen verteilt werden dürfe. Schliesslich wehrt sich die EVP Schweiz mit rechtlichen Mitteln gegen den Vorfall und hat eine Anzeige gegen unbekannt wegen Verstoss gegen Art 187 StGB eingereicht. Sie ist beim Statthalteramt des Kantons Bern hängig.

ERSTE NAMEN

(nh). Der Lotzwiler Grossrat Heinz Dätwyler möchte für die EVP um einen Regierungsratssitz antreten. Dabei möchte er den von ihm während seinem Jahr als Grossratspräsident erworbenen Bekanntheitsgrad für die EVP nutzen. Mögliche Kandidierende wären aber auch die Grossräte Ruedi Löffel, Marianne Streiff oder Niklaus Gfeller. Wer am Schluss ins Rennen steigt, entscheidet der Parteivorstand im Oktober.

NEUBESETZUNG

(nh). Per Ende Juli wurde das Mandat mit Harri Wettstein, secrétaire romand, aufgelöst. Unüberbrückbare Differenzen betreffend den weiteren Aufbau der Parti évangélique in der Westschweiz haben zu diesem Schritt geführt. Nun ist die EVP Schweiz auf der Suche nach einer geeigneten Person, welche die weitere Expansion koordinieren soll.



Le PEV projette d'établir des structures de parti en Suisse romande. Dans ce but, le Secréariat général du PEV suisse cherche pour le 1er octobre 2005 ou une date à convenir un-e

Coordinateur/-trice Romandie (env. 40%)

La description du poste entière se trouve sur www.evpev.ch/AnnonceCoordinateur2005.pdf

Anzeigen



Das Markus Experiment

Die Texte des Markusevangelium sind nach einem regelmässigen Muster angelegt, das uns hilft, den Text leichter zu erfassen, so die Aussage des Theologen Andrew Page. Dieses Muster wurde nun in einem Maislabyrinth angelegt, Beschilderungen und eine Info-Karte unterstützen den Besucher beim Weg durch Markus. Täglich (bei Tageslicht) geöffnet bis 16. Oktober (Eintritt 5 Fr.).

www.irrgarten.ch

Hof Brauchbühl, Lützelflüh Emmental, wo gleichzeitig (separat) das 9. Plauschlabyrinth 24h täglich offen ist. Eintritt 2 Fr.

www.livenet.ch
...ernischt!

News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!

www.livenet.ch

Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse

Livenet.ch - für engagierte Christen
Jesus.ch - für am Glauben Interessierte

A.Z.B.
8023 Zürich

Adressberichtigung melden



EVP-NATIONALRÄTE IN EXEKUTIVE?

(jb). Nein, die drei EVP-Nationalräte sind nicht die neuen Minister in der norwegischen Regierung unter Premier Kjell Magne Bondevik. Die Aufnahme wurde Ende Mai anlässlich des Besuchs der EVP/EDU-Fraktion in Norwegen gemacht. Gemeinsam mit ihren Ehefrauen flogen die fünfköpfige Fraktion, die beiden Parteisekretäre sowie der Fraktionssekretär für einen viertägigen Arbeitsbesuch nach Oslo. Neben der regulären Fraktionssit-

zung hatte die Reisegruppe auch Gelegenheit, die historischen, kulturellen und kulinarischen Besonderheiten der norwegischen Hauptstadt zu entdecken. Auf dem Programm standen aber auch Gespräche mit Staatssekretären des Umwelt- und des Arbeitsministeriums, ein Besuch auf dem Generalsekretariat der Kristelig Folkeparti (Christliche Volkspartei) sowie der Schweizer Botschaft, bei der die Tochter Heidi von Nationalrat Heiner Studer ge-

genwärtig arbeitet. Höhepunkt war aber sicherlich das kurze Gespräch mit dem norwegischen Regierungschef Kjell Magne Bondevik. Dieser war vor Jahren Traupfarrer bei der Hochzeit von Marit und Heiner Studer und daher ein langjähriger Bekannter des Ehepaars. Heimgekehrt ist die Reisegruppe mit einigen spannenden Erlebnissen und der wertvollen Erfahrung, dass man sich als EVP- und EDU-Politiker menschlich näher gekommen ist.

EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 29. Oktober 2005, 9.45 bis 12.30 Uhr im Landratssaal in Liestal.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der Stimmezähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Parolenfassung zur Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)
- TOP 6 Parolenfassung zur Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»
- TOP 7 Präsentation der *jevp
- TOP 8 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

Der Zentralpräsident
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde _____ (Anzahl) Personen für die DV vom 29. Oktober 2005 inklusive _____ (Anzahl) Mittagessen an.

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Bis am 24. Oktober 2005 einsenden an:
EVP Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8023 Zürich
Telefon 044 272 71 00
info@evppev.ch